

16. Juli 1962

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XVII/144

Bonn, den 16. Juli 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:Zeilen:

1 - 3

Europa - übergeordnete Aufgabe

136

Zur Tagung der sozialistischen Parteien in Brüssel  
 Von Günter Markscheffel, zur Zeit Brüssel

4

Genf

51

Wird der Stillstand überwunden?  
 Zur Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen

4a

Ein aufschlussreicher Vergleich

51

Zahlen, die Bände sprechen

5 - 7

Algeriens Weg und Ziel

134

Von unseren aus Algier zurückgekehrten Korrespondenten  
 Georg Scheuer

\* \* \*

\* \*

Chefredakteur Günter Markscheffel

16. Juli 1962

## Europa - übergeordnete Aufgabe

---

Zur Tagung der sozialistischen Parteien in Brüssel

Von Günter Markscheffel, zur Zeit Brüssel

Die sozialdemokratischen Parteien stehen vor der Aufgabe, gemeinsam mit den modernen und vorwärtsdrängenden politischen Kräften aller Kontinente, den unaufhaltsamen wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozess im alten Europa neue Impulse zu geben. Es gilt, die in jahrzehntelangen Kämpfen um den gesellschaftlichen Fortschritt im eigenen Land gesammelten Erfahrungen für eine größere Gemeinschaft nutzbar zu machen.

Diesem Ziele diene eine Arbeitstagung der in der EWG- und EFTA-Ländern an der Gestaltung des wirtschaftlichen, kulturellen und damit politischen Lebens entscheidend oder führend mitwirkenden sozialdemokratischen Parteien, die sich unter Vorsitz von Erich Ollenhauer, dem Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale am vergangenen Sonntag und Montag in Brüssel zusammengefunden hat. Die Bedeutung dieser Konferenz wurde durch die Teilnahme von Persönlichkeiten unterstrichen, deren Namen in der internationalen Politik einen guten Klang haben. Für die SPD: Ihr Vorsitzender Erich Ollenhauer und der stellvertretende Vorsitzende Herbert Wehner. Der deutschen Delegation gehörten ferner an Carlo Schmid, Heinrich Deist, Fritz Erler, Käthe Strobel und Hans-Eberhard Dingels. Für Großbritannien: H. Gaitskell und H. Wilson. Österreich hatte seinen Außenminister Kreisky und mehrere Parteivorstandsmitglieder entsandt. Die belgische Delegation wurde von Außenminister Henry Spaak angeführt. Dänemark war durch Alsing Anderson, den Präsidenten der Sozialistischen Internationale und P. Haekkerup, den Vizepräsidenten der Parlamentsfraktion vertreten. Frankreich hatte den früheren Überseeminister und Parteivorstandsmitglied Jaquet entsandt. Schweden war durch seinen Handelsminister Lange vertreten, die Schweiz durch Walter Bringolf, den Parlamentspräsidenten, und den Vorsitzenden des Schweizer Gewerkschaftsbundes, Hermann Leuenberger. Israel vertrat der Finanzminister David Livschitz. Heinz Kühn, der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen, nahm an der Konferenz in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Sozialistischen Parlamentsgruppe im Europarat teil.

\* \* \*

Schon Ende Mai dieses Jahres hatte der Generalrat der Sozialistischen Internationale in Oslo alle Maßnahmen zur Erweiterung des EWG-Europa begrüßt und besonders die Aufnahme Großbritanniens sowie die Assoziation der neutralen Staaten des freien Europa befürwortet. Inzwischen sind, nicht bei den sozialdemokratischen Parteien, gewisse Tendenzen bemerkbar geworden - die Vorstellungen von einem "Europa der Vaterländer oder Regierungen" - die den großen Integrations- und Emanzipationsprozess hemmen könnten. Regionale Führungsansprüche und das Wesen einer übernationalen Zusammenarbeit verflüchtenden Konstruktion lassen längst überwunden geglaubte Diskussionen wieder aufleben und fordern die Kräfte des Fortschritts zu erhöhter Wachsamkeit heraus.

\* \* \*

Mit diesen Bemerkungen ist bereits der Themenkreis der Beratungen von Brüssel gekennzeichnet. Ohne jeden Vorbehalt und unabhängig von dem jeweiligen Stand der Diskussion über diese Probleme im eigenen Lande teilten sich die führenden Männer des demokratischen Sozialismus ihre Sorgen, Beobachtungen und Vorstellungen mit.

Da wurde von H. Gaitskell bis in die letzten Einzelheiten die Problematik des Beitritts Großbritanniens zur EWG und das Verhältnis Englands zu den Commonwealthstaaten dargestellt. Österreichs Außenminister Kreisky, Schwedens Wirtschaftsminister Lange und der Schweizer Parteivorsitzende Bringolf erörterten die Position der neutralen Staaten, die bei der Assoziation zur EWG ihre politische Handlungsfreiheit erhalten wollen. Belgiens Außenminister Henry Spaak intervenierte zugunsten einer schnellen Beseitigung aller noch hemmenden Faktoren, während Herbert Wehner das praktisch Mögliche und das alle sozialdemokratischen Parteien Verbindende in den größeren Rahmen der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Totalitarismus stellte...

#### Anpassung, aber "keine Nivellierung nach unten"

Es ist verständlich, daß bei einer solchen Fülle von Problemen, die 250 Millionen Menschen unmittelbar berühren und in deren Existenz eingreifen, keine "Standardentschlüsse" gefaßt werden können. Wenn z.B. die Frage, ob der Rhythmus der Beseitigung von Zollschranken ganze Komplexe der Volkswirtschaften jedes einzelnen Landes in ihren Grundfesten erschüttern kann, auftaucht, dann können sich die sozialdemokratischen Parteien nicht mit einer gut klingenden Resolution aus der Affäre ziehen. Da muss analysiert, das Für und Wider gründlich besprochen werden, bevor man den sozialdemokratischen Fraktionen in den europäischen Parlamenten eine Empfehlung gibt.

Oder wenn die Frage auftaucht, inwieweit durch eine zu enge politische Bindung vereinzelter Staaten an die grössere europäische Gemeinschaft gewisse Bewegungsmöglichkeiten auf dem Parkett der internationalen Politik eingesengt werden, dann können die Vertreter der sozialistischen Parteien nicht so tun, als existiere dieses Problem überhaupt nicht.

Im rein ökonomisch-gesellschaftlichen Bereich - um ein anderes Diskussionsthema zu nennen, müssen die sozialdemokratischen Parteien mehr als jede andere politische Gruppe an die arbeitenden Menschen denken. deren Emanzipationskämpfe mit ihren bewunderungswürdigen Ergebnissen - z. B. in den skandinavischen Staaten - nicht geschmällert werden dürfen. Anpassung und Angleichung an eine grössere Gemeinschaft darf nicht zu einer "Nivellierung nach unten", sondern muss zu einem "Anziehen nach oben für alle" führen...

#### Die Rolle des demokratischen Sozialismus

Als Ergebnis der bedeutsamen Tagung von Brüssel - die zweite ihrer Art - darf festgestellt werden: Die sozialdemokratischen Parteien Europas sind heute so stark und einig in der Ausübung ihres Mitbestimmungsrechtes, dass niemand ihren geistigen und organisatorischen

16. Juli 1962

Beitrag bei der Gestaltung der grösseren europäischen Gemeinschaft ignorieren kann. Ohne den demokratischen Sozialismus und seine konstruktive Mitarbeit, ohne seine grossen Erfahrungen im Kampf um die Emanzipation der arbeitenden Menschen in der ständigen Auseinandersetzung um die Erhaltung und Festigung der Freiheit, wird es kein Europa im Sinne einer die Völker verbindenden Gemeinschaft geben.

Der Präsident Erich Ollenhauer hat mit Recht das Ergebnis der Tagung von Brüssel wie folgt zusammengefasst:

"Unsere Arbeitstagung war deshalb besonders wertvoll, weil alle Diskussionsredner, und zwar ohne Rückhalt, ihre Sorgen und nationalen Probleme zur Sprache brachten, die sich auf dem Wege zur EWG im wirtschaftlichen und politischen Sinne zeigen, aber auch ihre prinzipielle Bereitschaft zur Mitarbeit erklärten. Bei so komplizierten Problemen, wie sie in Brüssel zur Debatte standen, wäre es geradezu erstaunlich, wenn hierbei nicht auch gegensätzliche Meinungen zum Ausdruck gekommen wären. Ich meine sogar, dass die Parteien der Sozialistischen Internationale es sich nicht leisten können, die noch ungelösten Probleme der internationalen Politik mit mehr oder weniger schön klingenden Resolutionen verschleiern zu wollen. Das wäre ein schlechter Dienst an der grossen Aufgabe, die sich allen freiheitlichen Kräften in Europa stellt.

Es geht jetzt darum, die durch die Zusammenarbeit in der EWG bereits erzielten Resultate zu festigen, sie zu erweitern und so auszubauen, dass die Freiheit und Menschenwürde in ganz Europa durch nichts mehr erschüttert werden kann.

Die Aussprache in Brüssel hat gezeigt, dass es in dieser Zielsetzung keine Meinungsverschiedenheiten gibt, und dass die sozialistischen Parteien gewillt sind, ihre in jahrzehntelangem Kampf um die Emanzipation der arbeitenden Menschen gewonnenen Erfahrungen zu einer gemeinsamen Anstrengung für die weiteren Ziele zu vereinen. In diesem Sinne wird der Meinungsaustausch in der Sozialistischen Internationale fortgesetzt, und durch die Erarbeitung praktischer Vorschläge vertieft werden. Ich meine, dass dieser gemeinsame Wille der sozialistischen Parteien bedeutsamer ist als gewisse an den Tag gebundene Berichte aus Brüssel".

Diese Erklärung Erich Ollenhauers umreiss in jeder Beziehung das Ergebnis der Arbeitskonferenz von Brüssel wie auch die Ziele, die sich die sozialistischen Parteien gesetzt haben. Auch Gaitskell und Spaak haben am zweiten Tage der Konferenz nach ihren ersten Darstellungen der speziellen Probleme die gemeinsame Plattform finden können, von der aus sie ebenso wie die anderen sozialistischen Parteien die übergeordnete Aufgabe zu bewältigen gedenken. Es darf mit Recht gesagt werden, dass in Brüssel entscheidende Voraussetzungen für die kontinuierliche Zusammenarbeit der Parteien des demokratischen Sozialismus in Europa und weit darüber hinaus geschaffen wurden.

### Ein aufschlussreicher Vergleich

sp - Vor dem Hintergrund der Lohnauseinandersetzungen in der Bundesrepublik ist ein Vergleich zwischen den Einkommen interessant, die etwa von den Lohnempfängern und Angestellten in Schleswig-Holstein, dem Bundesland mit den geringsten Tarifen, und den Vorstandsmitgliedern und Aufsichtsratsmitgliedern der Deutschen Aktiengesellschaften in den Industriezentren, etwa in Nordrhein-Westfalen, verdient werden. Der Vergleich ist auch deshalb einmal notwendig, um aufzuzeigen, wie erschreckend tief in manchen Branchen abseitiger Zonen die Einkommen überhaupt sind.

Aus einer jetzt herausgegebenen Veröffentlichung geht hervor, dass die Brutto-Monatsverdienste der Angestellten im Februar 1962 sich in Schleswig-Holstein zwischen 2006 DM im Druckereigewerbe für Männer und 403 DM für Frauen im Einzelhandel bewegten. Wenn auch über tausend DM Monatseinkommen ein gutes Stück Geld ist, so muss doch hinzugefügt werden, dass es sich bei den Männern im Druckereigewerbe nur um einige wenige handelt, während die Frauen und Mädchen im Einzelhandel nach Zehntausenden zu zählen sind. Handelt es sich hier dann um alleinstehende Frauen mit Kindern, so tendiert der Bruttoverdienst bereits unter dem Fürsorgeerlass, ganz abgesehen vom Nettoeinkommen.

Die Brutto-Stundenverdienste liegen in Schleswig-Holstein zwischen 3,93 DM für Männer im Druckergewerbe und 1,79 DM für Frauen in der Obst- und Gemüseverarbeitung. Unter Berücksichtigung der wöchentlichen Arbeitszeit ergibt das dann eine Spanne zwischen 184 und 79 DM. Was heute aber schon mit 79 DM auch nur für eine alleinstehende Person anzufangen ist, braucht nicht näher erläutert zu werden. Ganz allgemein kann noch gesagt werden, dass in der Lohn Tendenz der zurückliegenden Jahre auf Grund der vielfach vorgenommenen prozentualen Lohnerhöhungen die Spanne zwischen dem Einkommen der Frauen und der Männer immer grösser geworden ist.

Ganz anders aber das Bild bei den Bezügen der Vorstandsmitglieder und Aufsichtsratsmitglieder der Aktiengesellschaften im Jahre 1960. Eine Zusammenstellung über 497 Gesellschaften mit 1 585 Vorstandsmitgliedern zeigt, dass 78 Männer, die auf den Kommandohöhen der Wirtschaft tätig sind, ein Jahreseinkommen von über 250 000 DM erreichten. Unter 25 000 DM lagen nur 58, während das Gros sich zwischen den beiden Zahlen bewegte. Zum Thema "Gehaltserhöhungen" sollte vielleicht noch gesagt werden, dass sich beispielsweise die Bezüge eines Vorstandsmitglieds von 1959 bis 1960 von 162 570 DM auf 182 830 DM erhöhten.

Eine Zusammenstellung über die Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaften besagt, dass 391 der 4 229 Mitglieder in den 497 Aktiengesellschaften immerhin über 35 000 DM verdienten. Zu den "schlecht" bezahlten Aufsichtsratsmitgliedern gehören 304, die unter 2 500 DM monatlich bezogen, aber man weiss, dass ja auch ihre Tätigkeit eben nicht nur allein in der Aufsichtsratsfunktion besteht.

Hier sollte nicht zuerst Kritik an den hohen Einkommen geübt werden, obgleich ja ein gewisses Maßhalten in den Spitzenbezügen der Aktiengesellschaften schon um der Optik willen nicht zum Schaden wäre. Hier soll aber nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass Monatsverdienste von 403 DM oder Wochenlöhne von 79 DM eben einfach zu gering sind. Wenn gewünscht wird, dass die Spitzeneinkommen gedämpft und die unteren Einkommen scharf nachgezogen werden, so läuft das beileibe noch nicht auf die Forderung nach einer öden Gleichmacherei hinaus. Es gibt eben Monatseinkommen, die über 20 000 DM liegen und solche, die nur 403 DM hoch sind.

Genf

ler. -- Jeder tut gut daran, die Erwartungen, die sich an die Wiederaufnahme der Genfer Abrüstungsverhandlungen knüpfen, nicht allzu hoch zu schrauben. Seit vielen Jahren wird darüber verhandelt, wurden Pläne entworfen und wieder vom Tisch hinweggefegt, und manchmal gab es Situationen, die eine recht weitgehende Übereinstimmung zwischen den Hauptkontrahenten, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, brachten - aber solche zeitweiligen Übereinstimmungen zerbrachen an der Mauer eines bisher noch nicht zu überwindenden Misstrauens. Die Protokolle der Genfer Beratungen füllen ungezählte Bände, und wohl nur wenige Fachleute nehmen sich die Mühe, sie zu lesen. Sie bieten kein erfreuliches Bild. Fast drei Jahre, von einigen, allerdings schwerwiegenden, Unterbrechungen abgesehen, sitzen die Verhandlungspartner in Genf, und die Fortschritte lassen sich, wenn überhaupt, nur in Millimetern abmessen. Die Suche nach einem Weg, der die Menschheit aus dem Alpdruck eines hemmungslosen Rüstungswettlaufes herausführt, hält jedoch an; darin liegt wohl der einzige Trost.

Den grössten und folgenschwersten Rückschlag in den Bemühungen, so etwas wie eine erträgliche Grundlage für ein bescheidenes Abrüstungsabkommen zu finden, erbrachte die Wiederaufnahme der sowjetrussischen Testversuche im Herbst vergangenen Jahres. Die Sowjets sandten ihre Vernichtungswaffen in den Weltraum, während gleichzeitig ihre Unterhändler, an der Spitze der zähe, kompromisslose Zarapkin, noch verhandelten. Dieser Vertrauensbruch blieb nicht ohne weitreichende Folgen. Die Vereinigten Staaten fühlten sich dupiert, verhöhnt und hintergangen. Das einseitige sowjetische Vorgehen zwang sie nun ihrerseits, Testversuche über den Wasserwüsten des Pazifik und in der Wüste Nevada aufzunehmen. Explosionen erfolgten auch unter der Erde, um zu erproben, ob es möglich wäre, unterirdische Kernwaffenversuche von Erdbeben zu unterscheiden - ein Experiment, das, soweit es der Laie beurteilen kann, gelungen zu sein scheint. Die politische, militärische, psychologische Bedeutung dieser Experimente liegt darin, dass sie es den Vereinigten Staaten ermöglichen, von ihrer Forderung nach einem umfassenden und wirksamen Kontrollsystem, von den Sowjetrussen Spionage genannt, etwas abzugehen. Man braucht nicht mehr unbedingt die in den früheren Vorschlägen enthaltene Zahl von Kontrollstationen in der Sowjetunion zu haben, um feststellen zu können, ob Atomexplosionen erfolgt sind. Das geschieht schon heute ausserhalb der Grenzen der Sowjetunion.

Auf diese dünne Grundlage stützen sich die Hoffnungen der Vereinigten Staaten, den Stillstand in Genf mit neuen Vorschlägen überwinden zu können. Das sowjetische Echo auf einen entsprechenden Appell des USA-Präsidenten Kennedy klingt nicht gerade ermutigend, ist es doch begleitet mit der Ankündigung neuer sowjetischer Testversuche. Soll dieser verhängnisvolle Kreislauf niemals ein Ende nehmen?

Eine schmale Hoffnung bleibt. Die gegenwärtigen Rüstungsausgaben übersteigen die Kraft der Sowjetunion. Notwendige Ausgaben, wie die für die Förderung der Landwirtschaft und die Befriedigung von Konsumbedürfnissen müssen zurückgestellt werden. Der Beitrag Moskaus zur Entwicklungshilfe fällt im Vergleich zu dem des Westens ständig zurück - der Sowjetunion scheint hier der Atem auszugehen. Hier findet vielleicht der materielle und moralische Kräfte verzehrende Rüstungswettbewerb eine Grenze und vielleicht auch in der beiderseitigen Erkenntnis, dass beide Weltmächte wohl bei dem Stand der heutigen Atomtechnik in der Lage sind, sich gegenseitig zu vernichten.

## Algeriens Weg und Ziel

Von unserem aus Algier zurückgekehrten Korrespondenten

Georg Scheuer

Wer in Algerien die ersten zehn Tage der Unabhängigkeit miterlebt hat, macht sich einen Begriff von dem Tempo, der Wucht und Tiefe der Revolution, die mit der Erringung der nationalen Unabhängigkeit nicht abgeschlossen ist, sondern in eine neue und entscheidende Phase tritt.

Am letzten Junitag rauchten im Hafen von Algier noch die Trümmer der von der OAS angerichteten Verwüstungen. Auch heute sitzt vielen Mohammedanern in Algier und Oran noch der Terror der letzten Monate in den Knochen.

Schon aber ist ein neues Blatt aufgeschlagen. Die OAS gehört heute in Algerien der Vergangenheit an. Sabotage und Provokationen kleinerer Gruppen oder einzelner Desperados sind nicht auszuschliessen, werden aber immer aussichtsloser. Die Mordkommandos der OAS sind in ihrer Mehrzahl nach Frankreich übergesiedelt. Die rechtsradikale Geheimorganisation hat somit offen das Bekenntnis abgelegt, dass der Mythos der Algérie Française nur eine Verkleidung des Machtanspruchs in der Metropole war. Der Mythos ist verraucht, der Machtanspruch geblieben.

### Ursprung des algerischen Bruderkrieges

In Algerien hat unterdessen ein neues Kapitel begonnen. Gegensätze, die vor wenigen Wochen nur im Keimzustand festzustellen und offiziell geleugnet wurden, stehen heute im Vordergrund und bedrohen den Bürgerfrieden der jungen Republik: der Bruderkrieg im Haus der FLN. Wahrscheinlich begann es schon in der letzten Phase der französisch-algerischen Evian-Verhandlungen. Man erinnert sich an den dumpfen Widerstand, der damals vom CNRA (Comité National de la Révolution Algérienne) den Verhandlungsergebnissen entgegengesetzt wurde. Der Revolutions-Ausschuss, statutenmässig "die höchste Instanz" der FLN, liess sich schliesslich von der GPRA (Gouvernement Provisoire de la République Algérienne), insbesondere vom Regierungschef Ben Khedda und dem Evian-Diplomaten Krim Belkassem überzeugen. Die Zustimmung des CNRA erfolgte allerdings erst nach wochenlangen Debatten und wahrscheinlich gegen den Willen einer extremen Minderheit, vor allem aber mit dem geheimen Wunsch, die auf legalen Weg erreichte Unabhängigkeit letzten Endes dennoch für die ersehnten revolutionären Änderungen zu nutzen.

### CNRA: Rumpfparlament oder Zentralkomitee?

Das CNRA, das auch in der gegenwärtigen Krise eine entscheidende Rolle spielt, wurde vielfach als eine Art Rumpfparlament betrachtet, das in bestimmten Abständen die Grundlinien der Politik festlegt, die dann von der Exekutive, eben der GPRA in die Tat umzusetzen sind.

In diesem Sinn wären CNRA und GPRA gleicherweise provisorische Einrichtungen, die jetzt, nach der Erringung der Unabhängigkeit, durch eine direkt vom Volk gewählte Nationalversammlung und eine daraus hervorgehende algerische Nationalregierung abgelöst werden. Die provisorische Regierung GPRA wäre somit in erster Linie dem algerischen Volk verantwortlich und hätte nach Wahl der Konstituierenden Nationalversammlung, also voraussichtlich Ende Juli, abzudanken, und zwar zugunsten der ersten gewählten algerischen Nationalregierung. Jedenfalls wäre die GPRA schon jetzt nur noch

dem befreiten Volk verpflichtet und nicht mehr dem in Untergrund geborenen CNRA; dies ungefähr dürfte die These Ben Kheddas sein. Darum sein Sprung von Tunis direkt nach Algier, aus der Emigration in die befreite Hauptstadt, ohne dem CNRA Rede zu stehen.

Ist der Revolutionsrat aber wirklich in erster Linie Rumpfparlament und nicht vielmehr eine Art Zentralkomitee der revolutionären Nationalpartei FLN? Und ist die GPRA wirklich provisorische Regierung und nicht vielmehr eine Art Exekutivausschuss der gleichen Nationalpartei, hervorgegangen und gewählt vom CNRA, und ihm Rechenschaft schuldig?

Dies ist die These Ben Bellas. Ihr zufolge ist das CNRA eine permanente Einrichtung, die auch jetzt, nach der proklamierten Unabhängigkeit, den Weg der algerischen Revolution bestimmen soll. Das CNRA, in dem vor allem die alten Kämpfer sitzen, insbesondere die Vertreter der Armee, wird von den "Benbellisten" als "höchste Instanz" nicht nur der FLN, sondern überhaupt der algerischen Revolution bezeichnet, müsste also auch in der neu errichteten Republik neben und über Regierung und Parlament fortbestehen.

Der offene Streit begann am 27. Mai, als Ben Bella auf der Tagung des CNRA in Tripolis sein Referat über die Umwandlung der FLN in eine politische Partei hielt. Ben Bella hat zweifellos die grosse Mehrheit der CNRA-Mitglieder auf seiner Seite. Die Meinungsverschiedenheiten über die kommenden Beziehungen zwischen Partei und Staat waren so gross, dass Ben Khedda in der Nacht zum 7. Juni von Tripolis abfuhr, ohne das Ende der CNRA-Debatte abzuwarten. Dies wird ihm von seinen Gegnern zum Vorwurf gemacht.

#### Der Vertrag mit der OAS

Unerhört verschärft wurde der Gegensatz durch die Verhandlungen mit dem kapitulationsbereiten Flügel der OAS in Algier. Der frühere Chef des rechtsradikalen französischen Studentenbundes Jean-Jacques Susini, verantwortlicher Führer der zivilen Terrororganisation der OAS in Algerien, hatte Ende Mai den Präsidenten Abderrahman Fares und den gemässigten Delegierten der FLN in der Provisorischen Exekutive auf dem "Schwarzen Felsen", Dr. Mostefai, um eine Unterredung gebeten. Ben Khedda und die meisten Mitglieder der GPRA erklärten sich mit diesen Geheimverhandlungen einverstanden; den Ministern der FLN ging es darum, die wirtschaftlichen Grundlagen Algeriens vor den Zerstörungen der OAS zu retten. Susini und seine Leute hatten damals noch die Möglichkeit, die wichtigsten Grundlagen der algerischen Industrie zu sprengen und die Hauptstadt in einen Trümmerhaufen zu verwandeln.

Die Konzessionen, die Fares und Dr. Mostefai den Unterhändlern der OAS machten, waren geringfügig im Vergleich zu dem Vorteil der sofortigen Kapitulation. Faktisch wurden nur die bereits in Evian beschlossenen Garantien bestätigt. Darüber hinaus wurde den OAS-Leuten für den Fall einer sofortigen Kapitulation Straffreiheit zugesichert.

Für Ben Bella und den radikalen Flügel der FLN war der in Evian beschlossene Kompromiss die äusserste Grenze. Die von der OAS durchgeführten und angedrohten Zerstörungen machen auf bestimmte Extremisten der FLN keinen besonderen Eindruck; einerseits sehen sie, soweit sie lange Zeit im Ausland leben, nicht die Bedeutung der wirtschaftlichen Faktoren, andererseits wollen sie das Land von Grund auf erneuern.



Natürlich spielen dabei auch gefühlsmässige Gegensätze eine Rolle. Die Revolutionäre der FLN wollen reinen Tisch machen. Es widerstrebt ihnen, notorische OAS-Leute zu begnadigen und womöglich noch als Schmuggelware in die algerische Republik mitzunehmen. Dahinter steht aber noch eine tiefere Meinungsverschiedenheit zwischen den in Paris grossgewordenen algerischen Intellektuellen, die eine wirkliche Zusammenarbeit mit Frankreich und Europa wünschen - und den auf algerischen Boden geschulten Militärs, die mehr von ägyptischen oder selbst kubanischen Beispielen beeindruckt sind.

Am 17. Juni veröffentlichte Dr. Mostefai dieses Abkommen. Am gleichen Abend protestierten vier Minister der GPRA gegen den Vertrag und erinnerten daran, dass "die GPRA noch vor Beginn der Tagung des CNRA beschlossen hätte, jedes Gespräch mit der OAS abzulehnen". Am 28. Juni, zwei Tage vor der Unabhängigkeit, verliess Ben Bella Tunis plötzlich an Bord eines ägyptischen Flugzeuges. Hatte er eine Verhaftung zu befürchten, oder wollte er sich jedenfalls Ellenbogenfreiheit bewahren?

#### Die Rolle der Armee

Am 30. Juni, am Vorabend der Volksabstimmung, gab die GPRA, unmittelbar vor ihrer Übersiedlung von Tunis nach Algier, bekannt, dass der Generalstab der ALN abgesetzt sei. Ben Bella und seine Freunde, die Generalstabsoffiziere protestierten sofort gegen diese "illegale" Massnahme.

Der Oberkommandierende der algerischen Befreiungsarmee ALN, Oberst Boumedienne wurde degradiert, blieb aber weiterhin inmitten seiner Truppen in Ost-Algerien und gab Interviews an Vertreter der Weltpresse. Auch Kommandant Mendjli konnte von den Männern der Zentralregierung nicht verhaftet werden. Nur Kommandant Sliman, der dritte abgesetzte Generalstabsoffizier, wurde in Tunis von den Polizisten Ben Kheddas verhaftet.

Ben Khedda begründete diese Massnahmen offen mit einem Hinweis auf Putschgefahr und Diktaturgelüste. Offensichtlich beging er damit einen psychologischen Fehler, denn die drei gemassregelten Offiziere sind bei ihren Soldaten sehr populär. Ben Khedda musste auf halbem Wege stehenbleiben und bald den Rückzug antreten. Der Einmarsch der "benbellistischen" Truppen in West- und Ostalgerien konnte nicht gestoppt werden. Ben Kheddas Plan, diese Truppen nur tropfenweise nach Algerien zu lassen und im Lande aufzulösen, ist bis jetzt gescheitert.

Allem Anschein nach werden die Militärs in der ersten Phase der Algerischen Republik eine hervorragende Rolle spielen. Ihr Heros ist Ben Bella, der Mann, der am Allerseelentag 1954 in den Auresbergen mit einer Schar unentwegter Rebellen die Fahne des Aufruhrs erhob, den Zweiflern zum Trotz und den Kolonialherren zum Verderben.